



-Berlin aktuell-

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten für Pforzheim und den Enzkreis

70 Jahre Israel

Was vor 70 Jahren mit der Gründung einer Heimstatt für das jüdische Volk begann, ist heute eine Erfolgsgeschichte geworden. Israel feiert mit Stolz sein Jubiläum. Aus einem Land, das bei seiner Gründung in eine höchst unsichere und umkämpfte Zukunft blickte, wurde die einzige funktionierende Demokratie im Nahen und Mittleren Osten, nunmehr ein Land, das sein eigenes „Silicon Valley“ besitzt und das ein wichtiger Teil der westlichen Wertegemeinschaft geworden ist.

Anlässlich des besonderen Jubiläums verabschiedete der Deutsche Bundestag gestern mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD und FDP, der die besondere Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit und das Existenzrecht Israels herausstellt. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, sagte: „Sie sollen wissen: Wir stehen an Ihrer Seite.“ Das Jubiläum sei ein Tag großer Freude, aber auch ein Tag großer Sorge, mahnte Kauder mit Blick auf den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland.

In dem Antrag heißt es: „Deutschland und Israel sind und bleiben auf besondere Weise durch die Erinnerung und das Gedenken an die Shoah verbunden.“ Hier liege die bleibende Verantwortung Deutschlands. „Auch aus diesem Grund wird der Deutsche Bundestag seine Bemühungen fortsetzen, jedweder Form von Antisemitismus entschieden entgegenzutreten.“

Die ganz besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und Israel sind ein Grundpfeiler der deutschen Außenpolitik. Deutschland steht für das Existenzrecht des Staates Israel ein. Den Grundstein dieser Verpflichtung haben Ben Gurion und Konrad Adenauer gelegt. Dabei dürfen wir nie vergessen, welches Leid und Unrecht die Nationalsozialisten dem jüdischen Volk zugefügt haben. In diesem Bewusstsein und in

Dankbarkeit über das seitdem Erreichte wollen wir die gemeinsame Zukunft unserer beiden Länder weitergestalten und unser Miteinander ausbauen.

Für Religionsfreiheitsbericht, gegen Antisemitismus. Wir haben im Koalitionsvertrag ein klares Signal gesetzt: Religionsfreiheit, das Recht auf Glaubens- und Bekenntnisfreiheit, steht im Mittelpunkt unseres Verständnisses der Menschenrechte. Es schützt die Lebenspraxis und damit die Würde jedes Menschen in besonderer Weise – und steht doch an vielen Orten weltweit unter Druck. Der Religionsfreiheitsbericht, den das Auswärtige Amt 2016 erstmals vorgelegt hat und nun, wie von uns gefordert, alle zwei Jahre veröffentlicht wird, weist dies amtlich nach. So sehr wir in Deutschland für die Religionsfreiheit eintreten, so stehen wir auch ganz ausdrücklich gegen den Antisemitismus auf. Gegen diese gerade in unserem Land besonders widerliche Form der Unmenschlichkeit, die nicht nur, aber auch religiös begründet wird, gehen wir mit aller Entschlossenheit vor.

„Jude“ darf kein Schimpfwort sein!

Es darf uns nicht ruhen lassen, dass jüdische Gemeinden und Einrichtungen in unserem Land schon bisher von der Polizei geschützt werden müssen. Dass zu dem leider bereits bestehenden Antisemitismus sich nun ein neuer, arabischer und islamistischer Antisemitismus gesellt, ist nicht zu akzeptieren. Es gibt keinen Zweifel: Deutschland ist die Heimat von Christen und Juden, vielen Angehörigen anderer Religionen, von Atheisten und Menschen, die sich gar nicht mit einem Glauben auseinandersetzen wollen. Der Hass gegenüber Religionen und Antisemitismus haben hier nichts zu suchen. Dieses Grundverständnis ist Teil unserer Leitkultur.

Stephanuskreis gibt verfolgten Christen eine Stimme in der Fraktion

Der Stephanuskreis der Unionsbundestagsfraktion, der sich seit 2010 um die Situation bedrängter Christen in aller Welt kümmert, setzt seine Arbeit auch in dieser Legislaturperiode fort. Vorsitzender bleibt der Kölner Abgeordnete Heribert Hirte. Religionsfreiheit ist ein Grund- und Menschenrecht, das die Würde des Menschen auf besondere Weise schützt. Der Arbeitskreis ist damit ein wichtiges Forum für bedrängte und verfolgte Christen, die hier eine Gelegenheit erhalten, über ihre Anliegen und Probleme zu berichten. Dabei gilt das Engagement des Kreises niemals ausschließlich den Christen, selbst wenn sie zahlenmäßig am meisten von Einschränkungen ihrer Religionsfreiheit betroffen sind, sondern allen religiös Bedrängten. Denn in vielen Staaten, in denen Christen der Verfolgung ausgesetzt sind, werden auch Angehörige anderer Minderheitsreligionen unterdrückt oder ausgegrenzt.

Konjunktur-Lokomotive weiter unter Vollgas

Am Mittwoch hat die Bundesregierung ihre Prognose der Wirtschaftsentwicklung vorgestellt. Für die deutsche Wirtschaft erwartet sie ein Wachstum von 2,3 Prozent im Jahr 2018 und von 2,1 Prozent im folgenden Jahr. Treiber der starken Entwicklung ist der vor allem im Euroraum anhaltend starke Export. Der Umfrage zufolge rechnen über 50 Prozent der 2800 befragten Firmen mit einem Produktionsplus, lediglich acht Prozent erwarten einen Rückgang. Auch die Investitionen ziehen an: Im Jahr 2018 will knapp die Hälfte der Unternehmen mehr investieren, 46 Prozent möchten mehr Personal einstellen. Neben der anhaltend hohen Nachfrage nach deutschen Produkten auf dem Weltmarkt ist auch der Konsum im Inland weiterhin ungebremst. So erwarten die Konjunkturforscher für das derzeitige Jahr ein Konsumplus von knapp zwei Prozent. Die gute Wirtschaftsprognose sollte uns Ansporn sein, jetzt auch die Zukunftsaufgaben beherzt anzugehen. Bei prognostizierten Stellenzuwächsen und gleichzeitigem Rückgang der Arbeitslosenquote besteht kein Grund, weiterhin Milliardenbeträge in der Arbeitslosenversicherung zu horten. Wir erwarten, dass die Beiträge schnellstmöglich gesenkt werden, und zwar mindestens um die im Koalitionsvertrag vereinbarten 0,3 Prozentpunkte. Angesichts

der guten Konjunktur können wir sogar auf 0,5 Prozentpunkte gehen.

Ausgaben für Bildung, Forschung und Wissenschaft auf neuem Rekordwert

Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2016 knapp 282 Milliarden Euro für Bildung, Forschung und Wissenschaft aufgewendet. Gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Anstieg von 2,8 Prozent beziehungsweise 7,6 Milliarden Euro. Wie schon im Vorjahr beträgt der Anteil für Bildung, Forschung und Wissenschaft gemessen am Bruttoinlandsprodukt 9,0 Prozent. Die Zunahme der Investitionen ist insbesondere auf höhere Ausgaben für Bildungseinrichtungen in öffentlicher und privater Trägerschaft sowie auf gestiegene Ausgaben für Forschung und Entwicklung zurückzuführen.

Diesel-Verteufelung muss aufhören

Die Europäische Umweltagentur EEA hat heute mitgeteilt, dass die CO₂-Emissionen von Neuwagen EU-weit leicht ansteigen. Der Anstieg der CO₂-Emissionen bei Neuwagen zeigt deutlich, welche Folgen die pauschale Diesel-Verteufelung hat. Gerade die Grünen sind hier immer vorne dabei und erweisen der Umwelt damit einen Bärendienst. Durch das ständige Schlechtreden des Diesels werden lediglich die Verbraucher verunsichert. Der Umwelt ist damit nicht geholfen. Natürlich müssen wir dafür sorgen, dass der Diesel noch sauberer wird und die Hersteller ihrer Verantwortung gerecht werden. Aber es gehört auch zur Wahrheit, dass wir den Diesel als Beitrag für den Klimaschutz noch brauchen.

Deutschland geht mit gutem Beispiel voran

Auf der Syrien-Geberkonferenz in Brüssel hat Deutschland in dieser Woche seinen Beitrag zur Syrien-Hilfe auf eine Milliarde Euro erhöht. Damit gehen wir mit gutem Beispiel voran, auch um weitere Partner für eine schnelle Nothilfe zugunsten der 13 Millionen Flüchtlinge in Syrien sowie in den Nachbarstaaten Jordanien und Libanon zu gewinnen, denn die Stabilisierung der Nachbarn ist auch in unserem Interesse. So können weitere Fluchtbewegungen und regionale Instabilitäten verhindert werden.